

# Stahlarbeiter kämpfen um ihre Jobs

Die Mitarbeiter der Dillinger Hütte demonstrieren gestern gegen den geplanten Stellenabbau im Unternehmen.

VON VOLKER MEYER ZU TITTINGDORF

**DILLINGEN** Sie halten Fackeln hoch, schultern die roten Fahnen der IG Metall, pusten mit voller Kraft in ihre Trillerpfeifen – rund 2000 Beschäftigte der Dillinger Hütte haben sich am Montagmorgen vorm Werkstor versammelt. Sie setzen ein Zeichen des Protests gegen die Pläne der Geschäftsführung: 1500 Stellen sollen in der saarländischen Stahlindustrie wegfallen, und 1000 Arbeitsplätze sollen an Dienstleister ausgelagert werden. Das will die Belegschaft nicht hinnehmen. Immer wieder ist der Schlachtruf aus früheren Protestaktionen für den Erhalt der Stahlindustrie zu hören: „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut.“ Ein langer Demonstrationszug zieht durch die Stadt zum Lokschuppen. Dort soll ihnen auf einer Betriebsversammlung noch einmal im Detail das Sparprogramm vorgestellt werden. Die Dillinger Hütte und Saarstahl wollen mit dem Sparprogramm die Kosten um 250 Millionen Euro senken.

„Ich mache mir große Sorgen“, sagt ein junger Mitarbeiter, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will. Hausbau, Familiengründung – was aus diesen Zukunftsplänen werde, sei ungewiss. Rosemarie Wagner fürchtet, dass sie

zu den 1000 Mitarbeitern gehört, deren Stellen ausgelagert werden. „Zu schlechterer Bezahlung und ohne Zukunftssicherheit“, vermutet die 51-Jährige, die im chemischen Labor tätig ist.

Betriebsratschef Michael Fischer sagt den Stellenabbauplänen den Kampf an. „Für uns ist wichtig, dass nicht über Köpfe gesprochen wird, sondern über Kosteneinsparungen. So leichtfertig geht man nicht mit Menschen um. Wir warten auf sinnvolle Vorschläge.“

**„Das Nichtstun der Bundesregierung ist der Grund, warum Kollegen jetzt die Zeche zahlen müssen.“**

Michael Fischer  
Betriebsratschef

Darüber wolle der Betriebsrat dann verhandeln. Dabei soll es auch um einen gut ausgestatteten Sozialplan gehen. Es müsse dabei unter anderem verhindert werden, dass Ältere, die vorzeitig in den Ruhestand gehen, von Armut bedroht sind.

Fischer wirft dem Vorstand auch Wortbruch vor. Den befristeten Beschäftigten sei die unbefristete Übernahme versprochen worden. Und jetzt „treibt man sie in die Existenzangst“, sagt er. Der Betriebsratschef will erreichen, dass die Verträge für die befristeten Beschäftigten zumindest verlängert werden oder dass sie bestenfalls doch noch die versprochenen unbefristeten Verträge bekommen.

Der Protest richtet sich aus Sicht Fischers aber auch gegen die Bundesregierung. „Sie soll Fördermittel



Die Beschäftigten der Dillinger Hütte machten ihrem Unmut lauthals Luft.

FOTO: OLIVER DIETZE

zur Verfügung stellen, um CO<sub>2</sub>-frei Stahl erzeugen zu können“, fordert er. Und es müsse endlich einen wirksamen Schutz der europäischen Stahlindustrie vor Billigstahl aus China und andern Ländern geben. „Das Nichtstun der Bundesregierung ist der Grund, warum Kollegen jetzt die Zeche zahlen müssen“, sagt Fischer.

In den Demonstrationszug reihen sich viele Politiker ein. Darunter

auch Ministerpräsident Tobias Hans (CDU). Er verlangt Unterstützung aus Berlin für die Stahlindustrie. „Ich fordere ein SOS-Paket für den deutschen Hochleistungsstahl, der dazu beiträgt, dass wir CO<sub>2</sub> einsparen.“ Er sehe nicht ein, dass der Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohleindustrie mit 38 Milliarden Euro gefördert werde, während „man zugleich sehenden Auges in Kauf nimmt, dass eine zukunfts-

fähige Industrie vor die Hunde geht“.

Am heutigen Dienstag wird es eine Betriebsversammlung von Saarstahl in Völklingen geben. Auch davor ist ein Demonstrationszug ab 10 Uhr vom Torhaus 2 mit einem Zwischenstopp auf dem Rathausplatz geplant. Außerdem hat die IG Metall am Mittwoch, 2. Oktober, zum Protest vor dem Landtag in Saarbrücken aufgerufen. Start ist um 15 Uhr.

## INTERVIEW ANKE REHLINGER

# Ein harter Schlag, aber „wir kämpfen jetzt erst recht“

Anke Rehlinger hofft, dass der angekündigte Umbau der saarländischen Stahlindustrie die Bundesregierung wacherüttelt hat.

Hat Sie die Ankündigung eines so drastischen Stellenabbaus in der saarländischen Stahlindustrie überrascht?

**REHLINGER** Wir haben immer davor gewarnt, dass Überkapazitäten beim Stahl, Handelskonflikte und Klimaschutzvorgaben die Stahlindustrie in Schwierigkeiten bringen. Leider konkretisiert sich das jetzt. Das ist ein harter Schlag im Kampf um die Stahlindustrie, aber wir stehen zusammen und kämpfen jetzt erst recht.



Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD) kritisiert Altmaiers Industriepolitik als „zu schläfrig“. FOTO: TITTEL/DPA

In den vergangenen Jahren haben Gewerkschaft, Belegschaft und Unternehmen immer wieder gewarnt und protestiert, hier, in Berlin und in Brüssel. Auch Sie waren dabei. Warum ist nichts passiert?

**REHLINGER** Wir haben es in Brüssel nicht mit einer in sich stimmigen Politik zu tun. Es gibt auf der einen Seite eine Klimaschutzstrategie, die sehr konkret vorangetrieben wird. Und es gibt eine eher diffuse Industriestrategie. Ich fordere, dass die Unterstützung der Industrie, das auch zu schaffen, mit der gleichen Verve angegangen wird wie der Klimaschutz. Mehrbelastungen müssen für die Unternehmen auch

verkräftbar sein. Wir dürfen Klimaschutz nicht um den Preis der Deindustrialisierung betreiben. Wenn die Stahlindustrie hier kaputt geht und alle Welt kauft „dreckigen“ Stahl von anderswo, freut das nicht das Klima, das freut nur China.

Haben ihre Ministerkollegen in Berlin Ihre Warnungen nicht gehört?

**REHLINGER** Ich habe den Eindruck, die letzten Jahre Boom in Deutschland haben zu einem industriepolitischen Winterschlaf in Berlin geführt. Da kann ich so laut sein, wie ich will, manchmal habe ich den Eindruck, dass von Industrie niemand was hören will. Der Bundeswirtschaftsminister ist in Sachen Industriepolitik deutlich zu schläfrig unterwegs. So schlimm die Nachrichten jetzt aber auch sind, ich hoffe, sie sorgen in Berlin für den nötigen Wachrüttel-Effekt. Es wird notwendig sein, dass die Bundesregierung ein Milliardenpro-

gramm für die deutsche Stahlindustrie auflegt – auch um den Einstieg in die Dekarbonisierung zu stemmen. Und ich erwarte, dass die Bundesregierung in Brüssel Position bezieht zum Schutz unserer heimischen Industrie.

Gerade das Saarland ist jetzt stark vom Abschwung betroffen, andere Industrieregionen noch nicht so stark. Nur für das Saarland wird die Bundesregierung aber wohl kaum aktiv werden.

**REHLINGER** Das Saarland könnte aber zu einem ermutigenden Beispiel werden. Wenn hier die sozial-ökologische Wende in der Industrie gelingt, dann wird sie meiner Ansicht nach überall in Deutschland gelingen.

Was muss jetzt kurzfristig geschehen, um den Betroffenen zu helfen?  
**REHLINGER** Wir kämpfen jetzt erst

mal um jeden einzelnen Arbeitsplatz. Und wenn es zu Personalabbau kommen muss, dann muss der sozialverträglich gestaltet werden. Nichts anderes ist akzeptabel.

Und was muss mittel- und langfristig hier im Land geschehen?

**REHLINGER** Ich will eine Strukturwandel-Initiative Saar anstoßen und darin Arbeitgeber, Gewerkschaften, Banken und Kammern einbinden, eine Art Taskforce für Arbeitsplätze im Saarland, direkt bei mir angesiedelt. Darüber hinaus werden wir den Masterplan Industrieflächen vorantreiben, die Ansiedlung von Nobilia zeigt den Erfolg. Und wir unterstützen neue Unternehmen: Allein 2018 hatten wir 3100 Neugründungen. Das bringt frischen Wind für die saarländische Wirtschaft.

DAS INTERVIEW FÜHRTE VOLKER MEYER ZU TITTINGDORF

## Festo fährt im Saarland die Arbeitszeit zurück

**ST. INGBERT** (mzt) Das schwäbische Automatisierungstechnik-Unternehmen Festo kürzt wegen der schwächeren Auftragslage die Wochenarbeitszeit an allen deutschen Standorten. Davon sind auch die saarländischen Werke in St. Ingbert-Rohrbach und Neunkirchen-Wiebelskirchen mit ihren insgesamt rund 3000 Mitarbeitern betroffen, wie Betriebsratschef Michael Meinecke und eine Unternehmenssprecherin sagten. In Produktion und Logistik wird die Arbeitszeit um anderthalb Stunden zurückgefahren, in der Verwaltung um drei Stunden – bei entsprechend niedrigerem Gehalt. Die Regelung soll ab 1. Oktober für zunächst drei Monate gelten. Im November soll geprüft werden, ob sie noch verlängert wird. Eine entsprechende Vereinbarung haben Geschäftsführung und Betriebsrat geschlossen. Grund dafür seien rückläufige Bestellungen vor allem aus der Auto- und der Textilindustrie, sagte die Festo-Sprecherin und fügte hinzu: „Ziel der Maßnahme ist die Beschäftigungssicherung.“ Die Regelung stehe unter dem Motto: „Besser Stunden entlassen als Menschen“, sagte Meinecke.

Darüber hinaus ist nach Angaben des Betriebsratschefs vereinbart worden, dass einige Pläne zur Verlagerung von Produktion ins Ausland zunächst aufgeschoben werden. Auch Schulungen von Mitarbeitern aus ausländischen Werken, die Produktion deutscher Werke übernehmen sollen, würden erst einmal nicht stattfinden.

## FLUGHAFEN ENSHEIM

### Estnische Airline übernimmt Berlin-Flüge

**SAARBRÜCKEN** (red) Der Flugverkehr zwischen Saarbrücken und Berlin soll wieder planmäßig laufen. Wie der SR meldet, soll die estnische Airline Nordica die Flüge von Saarbrücken nach Berlin im Auftrag von Luxair übernehmen. Wegen finanzieller Probleme von Adria Airways waren in der vergangenen Woche Flüge ausgefallen. Ob Nordica Adria Airways dauerhaft ersetzen wird, ist wohl noch unklar.

## VORTRAG

### Welche Konsequenzen hat Chinas Aufstieg?

**SAARBRÜCKEN** (red) Einen Vortrag zum Thema „Chinas Aufstieg zur Technologiesupermacht – Konsequenzen für die deutsche Industrie“ hält China-Experte Professor Sebastian Heilmann am heutigen Dienstag, 1. Oktober, um 17.30 Uhr in der Aula der Saarbrücker Universität. Heilmann war bis 2018 Gründungsdirektor des Mercator Institute für China Studies.

Anmeldung per E-Mail an die Adresse michael.marc@saarland.ihk.de

## Data One ausgezeichnet

**SAARBRÜCKEN** (red) Die Leipziger Oskar-Patzelt-Stiftung hat das Saarbrücker Unternehmen Data One mit dem „Großen Preis des Mittelstandes“ ausgezeichnet. Wie die Industrie- und Handelskammer mitteilte, waren 5399 kleine und mittelständische Unternehmen nominiert. Ebenfalls als Finalisten ausgezeichnet wurden demnach Inexio aus Saarlouis und die Kern GmbH aus Bexbach. Der Preis wird jährlich an Unternehmen vergeben, beispielsweise für besondere Innovationen oder ehrenamtliches Engagement.

## Produktion dieser Seite:

Nina Drokur  
David Seel

## Politik/Nachrichten/Wirtschaft

Telefon: (06 81) 5 02 22 12  
Fax: (06 81) 5 02 22 99  
E-Mail: politik@sz-sb.de  
wirtschaft@sz-sb.de

## Team Politik/Nachrichten/Wirtschaft:

Ulrich Brenner (Jub./Leiter), Volker Meyer zu Tittingdorf (mzt, stellv. Leiter), Fatima Abbas (faa), Gerrit Dauelsberg (gda), Nina Drokur (nid), Manuel Götz (go), Iris Neu-Michalik (ine), Frauke Scholl (kes), David Seel (dns), Thomas Sponticcia (ts)

## Modekette Forever 21 meldet Insolvenz an

**NEW YORK** (ap) Die US-Modekette Forever 21 hat Insolvenz angemeldet. Es wurde Gläubigerschutz beantragt, wie das in Los Angeles ansässige Unternehmen mitteilte. Bis zu 178 Läden in den USA würden geschlossen, internationale Standorte in Europa und Asien ebenfalls aufgegeben. Forever 21 betrieb laut den Insolvenzdokumenten mehr

als 800 Geschäfte in 57 Ländern. Forever 21 wurde 1984 gegründet und erfreute sich neben anderen sogenannten Fast-Fashion-Ketten wie H&M und Zara ab Mitte der 90er Jahre gerade bei Jugendlichen großer Beliebtheit. Aktuell wächst jedoch das Interesse an umweltfreundlicher Ware sowie Leihplattformen und Second-Hand.

## Martina Merz löst Kerkhoff an Thyssen-Krupp-Spitze ab

**ESSEN** (dpa) Der angeschlagene Stahl- und Industriekonzern Thyssen-Krupp bekommt die dritte Führungsspitze innerhalb von nur 15 Monaten. Von diesem Dienstag an wird die bisherige Aufsichtsratsvorsitzende Martina Merz das Ruder beim Essener Traditionsunter-

nehmen. Der Aufsichtsrat habe sich mit dem bisherigen Vorstandsvorsitzenden Guido Kerkhoff auf die einvernehmliche Auflösung seines Vertrages geeinigt, teilte Thyssen-Krupp am Montag mit. Kerkhoff stand erst seit Juli 2018 an der Spitze des Konzerns.

## Arbeitslosenquote im Saarland im September leicht gesunken

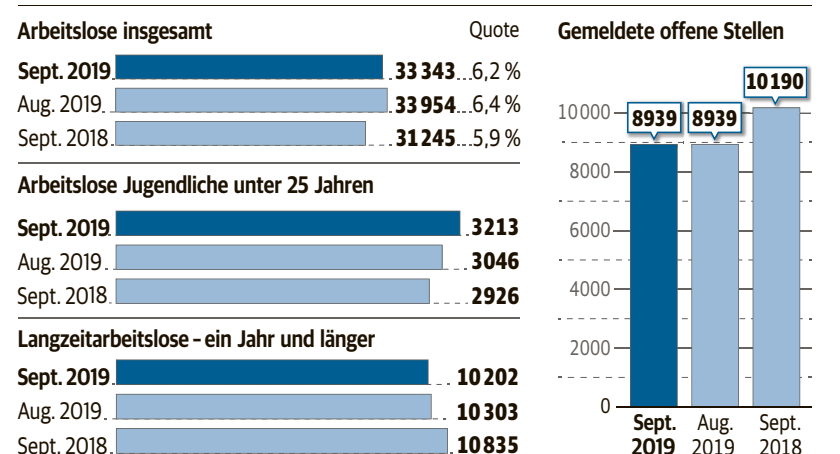
**NÜRNBERG/SAARBRÜCKEN** (dpa) Die Arbeitslosenquote ist im Saarland im September leicht auf 6,2 Prozent (Vormonat: 6,4) gesunken. Das teilte die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland am Montag mit. „Mit Blick auf das Vorjahr sieht der Arbeitsmarkt allerdings etwas ungünstiger aus“, sagte Heide-run Schulz, Chefin der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, in Saarbrücken. „Die Zahl der gemeldeten Stellen ging zurück. Die konjunkturelle Eintrübung hinterlässt erste Zeichen auf dem Arbeitsmarkt“, sagte Schulz. Im September waren demnach 33 300 Menschen arbeitslos – 600 weniger als im August, aber 2100 mehr als im Vorjahr. Für mehr Beschäftigung an der Saar sorgte vor allem das Gesundheitswesen, ein Rückgang der Beschäftigung war hauptsächlich im verarbeitenden Gewerbe erkennbar.

Bundesweit ist die Zahl der Ar-

beitslosen in Deutschland im September auf 2,234 Millionen gesunken, wie die Bundesagentur für Arbeit mitteilte. Die Arbeitslosenquote sank um 0,2 Prozentpunkte

auf 4,9 Prozent. 2018 war die Herbstbelegung auf dem Arbeitsmarkt mit einem Rückgang im September in Höhe von 94 000 allerdings noch wesentlich deutlicher ausgefallen.

## Arbeitsmarkt im Saarland: September 2019



SZ-INFOGRAFIK/ACM. QUELLE: BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT